



Seite 49

Prävention vor O
Strategien kommunaler Suchtpräve



Seite 52

Geberts Kolumne

„Wie weit würden Sie gehen?“
Milgrams Experiment wiederholt

Seite 40

Stichwort

Fliegenpilz.

Seite 42

Ausland

News international.

Seite 44

Suchthilfe intern

Deutscher Orden

Stellungnahme zur Seelsorge in den
Suchthilfe-Einrichtungen

Seite 46

Beratungs- und Therapiezentrum Tal 19
Suchtwoche 2004 in München

Seite 46

DO-Suchthilfe

Leitertreffen zum SGB IX

Seite 47

Haus Königstein

Erlebnistage

Seite 48

Drogentherapiezentrum

Nachruf auf Heinz Groß

Seite 48

Haus Hirtenhof

Kunstwerkstatt

Seite 49

Waldhaus Söderrich

Holzspielzeug für schwerkranke Kinder

Seite 49

Rubriken

Aktuelle Meldungen

Seite 6

Neues aus dem Internet

Seite 50

Aktuelle Urteile

Seite 51

Personalien

Seite 52

Lesezeichen

Seite 54

Termine

Seite 56

Impressum

Seite 58

Kurz vor Redaktionsschluss

Experten fordern hohe Steuern auf Alkohol

Der Fachverband Drogen und Rauschmittel (FDR) forderte auf seinem Bundeskongress Anfang Mai in Hannover die Bundesregierung auf, pro Liter reinen Alkohols einen Euro Steuern als zweckgebundene Abgabe zu erheben. Nur so sei in Zukunft ausreichend Geld vorhanden, um suchtkranke Arbeitslose bei der Stellenbeschaffung gleich mit zu beraten und zu behandeln, wie es die Bundesregierung ab 2005 fordert. Jeder Deutsche trinke pro Jahr umgerechnet rund zehn Liter reinen Alkohol. „Wenn die Bundesregierung einen Euro Steuern auf einen Liter reinen Alkohol erhebt, hätten wir 800 Millionen Euro für die Drogenhilfe pro Jahr zur Verfügung“, sagte Jost Leune, Geschäftsführer des FDR in Hannover. Die Bundesagentur sei angewiesen auf die Arbeit der Fachverbände, denn wenn die Beratung und die anschließende Behandlung Pflicht würden, sei ein Anstieg der Fälle um das Dreifache zu erwarten.

Einziehung von Erträgen aus Straftaten erleichtert

Die Justizminister der EU-Mitgliedstaaten einigten sich am 29. April in Luxemburg über den Inhalt eines Rahmenbeschlusses zur gegenseitigen Anerkennung von Einziehungsentscheidungen. „Die grenzüberschreitende Einziehung von Erträgen aus Straftaten wird künftig erheblich vereinfacht“, sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Nach deutschem Strafrecht können Gegenstände, die aus einer vorsätzlichen Straftat hervorgegangen sind, beschlagnahmt werden. So kann ein Gericht beispielsweise anordnen, dass aus Drogenverkäufen erzielte Gewinne eingezogen werden. Vergleichbare Regeln gibt es auch in anderen EU-Staaten. Hatte der Täter dieses Geld jedoch bereits ins Ausland geschafft, konnte eine solche Anordnung bisher nur unter erheblichen bürokratischen Hindernissen vollstreckt werden. Die Vollstreckung rechtskräftiger ausländischer Einziehungsentscheidungen gestaltete sich früher oft deswegen schwierig, weil die jeweiligen Vorschriften erheblich voneinander abwichen. Zudem forderten die Einzelstaaten für eine Vollstreckung die beiderseitige Strafbarkeit, das heißt, die zugrunde liegende Tat musste auch im Vollstreckungsstaat unter Strafe gestellt sein. In diesem Bereich soll nun durch den Rahmenbeschluss eine Erleichterung eintreten, indem die in einem EU-Staat ergangene rechtskräftige Einziehungsentscheidung in einem anderen Mitgliedstaat grundsätzlich anerkannt wird.

Jeder zweite Deutsche ist zu dick

49 Prozent der Erwachsenen ab 18 Jahre hatten im Jahr 2003 Übergewicht. Dies ergab nach Angaben des Statistischen Bundesamtes eine Mikrozensus-Befragung, bei der alle vier Jahre knapp 0,5 Prozent der Bevölkerung befragt werden. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig ein. Insgesamt waren 58 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen übergewichtig. Starkes Übergewicht lag bei 14 Prozent der Männer und bei zwölf Prozent der Frauen vor.